



# Getrennt nebeneinander: Gesellschaft, Alltag und Kultur in beiden deutschen Staaten

◀ „Exquisit“-Laden.

Foto vom 23. Januar 1971.

In den „Exquisit“- und „Delikat“-Läden konnten Menschen in der DDR Westwaren mit Ostmark kaufen – zu hohen Preisen.

Wider ihren Willen geteilt, richteten sich die Menschen in Ost- und Westdeutschland in ihrem jeweiligen Staat ein. Darüber entstanden in 40 Jahren Trennung unterschiedliche Gesellschaften. Doch gab es auch Ähnlichkeiten, Übereinstimmungen und wechselseitige Einflüsse.

In der DDR behielt sich das Regime vor, die Gesellschaft zu gestalten. Dabei musste sie auf Umstände reagieren, die sie nicht steuern konnte. Das betraf v.a. den Rückgang der Bevölkerung als Folge der Massenflucht in den 50er-Jahren und der ständig sinkenden Zahl von Geburten. Um den notorischen Arbeitskräftemangel auszugleichen, unterstützte der Staat die Beschäftigung von Frauen, u.a. mit kostenloser Kinderbetreuung. Mehr noch als Frauen wurden Jugendliche durch das Regime gefördert. Westliche Moden und Musikstile der Jugend waren dabei ebenso unerwünscht wie eine abweichende Meinung – der Staat forderte Anpassung.

Die Gesellschaft der Bundesrepublik war zunächst zu den bürgerlichen Lebensformen der Vorkriegszeit zurückgekehrt, was die Rolle von Mann und Frau, Ehe und Familie anging. Hier dauerte es weit länger als in der DDR, bis Ehefrauen durch Berufsarbeit unabhängig wurden. Wie in der DDR stieg dabei auch die Zahl der Scheidungen, wenngleich nicht ganz so stark wie in Ostdeutschland.

Auch Jugendliche gelangten in den 60er- und 70er-Jahren zu mehr Selbstständigkeit und entwickelten eine eigene Teenagerkultur. Ältere Menschen erhielten dank des allgemeinen Wohlstands eine bessere Versorgung als je zuvor. Angesichts rückläufiger Geburten und höherer Lebenserwartung wurde ihr Anteil immer größer.

Während sich die Bundesrepublik dank des Wirtschaftswachstums zu einer Konsumgesellschaft entwickelte, hatten die Menschen in der DDR noch lange unter den Bedingungen einer Mangelwirtschaft zu leben. Erst Mitte der 60er-Jahre zeigte sich die Staatsführung offener für die Bedürfnisse der Bevölkerung. In den 70er-Jahren nahmen das Warenangebot und der Lebensstandard spürbar zu. In der DDR herrschte längst keine Not mehr, dennoch wuchs die Unzufriedenheit über das Wohlstandsgefälle gegenüber den Nachbarn im Westen. Besonders beklagt wurde die fehlende Reisefreiheit, während den Bundesbürgern längst die Welt offenstand. Die Medien waren dabei ein ständiges Einfallstor westlicher Einflüsse.

In der zeitgenössischen Literatur gab es viele Berührungspunkte zwischen Schriftstellern aus Ost und West. In der DDR bildete sich ein Milieu kritischer Autoren, das jedoch ständig mit den Repressionen der Staatsmacht rechnen musste.

Die Erinnerung beider Staaten an die gemeinsame Geschichte war höchst unterschiedlich. Die DDR lehnte eine Verantwortung für die NS-Vergangenheit ab, während in der Bundesrepublik ein langwieriger Lernprozess stattfand, der sich um Aufarbeitung bemühte. In den 70er- und 80er-Jahren schien es so, als hätten sich die Deutschen mit der Teilung abgefunden. Der Friede in Europa war den Menschen wichtiger als eine kaum noch für möglich gehaltene staatliche Einheit.

Bevölkerung und Gesellschaft	1949	Die Verfassung der DDR garantiert die völlige Gleichstellung von Mann und Frau.
	1950	Die DDR senkt die Volljährigkeit von 21 auf 18 Jahre. Die Bundesrepublik folgt damit erst 1975.
	1953	Das Jugendstrafrecht der Bundesrepublik wird reformiert.
	1954	In der DDR wird die Jugendweihe gesetzlich vorgeschrieben.
	1955 - 1970	Geburtenstarke Jahrgänge („Babyboom“) in der Bundesrepublik
	1957	Rentenreform in der Bundesrepublik
	1962	Zulassung der Anti-Baby-Pille in der Bundesrepublik
Konsum und Lebensstandard	1965	Das Scheidungs- und Unterhaltsrecht der DDR wird vereinfacht.
	1972	In der Bundesrepublik gibt es erstmals jährlich mehr Todesfälle als Geburten.
	1977	Reform des Ehe- und Familienrechts in der Bundesrepublik. Das Scheidungsrecht wird liberalisiert.
	um 1955/57	In der Bundesrepublik sinken die Verbraucherpreise deutlich. Beginn eines wachsenden Wohlstands in Westdeutschland.
	1958	Ende der Rationierung von Lebensmitteln, Heizöl und Benzin in der DDR
	um 1970	Die Bundesrepublik erreicht das Wohlstandsniveau der USA.
	1971	Die DDR-Regierung verfügt einen Preisstopp für Lebensmittel und Mieten. Bis 1990 sollen drei Millionen neue Wohnungen gebaut werden, um den großen Wohnungsmangel zu beseitigen.
Medien, Unterhaltung und Kunst	1950	Gründung der ARD als öffentlich-rechtlicher Rundfunkverbund in der Bundesrepublik
	1952	Der „Deutsche Fernsehfunk“, das Staatsfernsehen der DDR, geht auf Sendung.
	1962	Die „Spiegel-Affäre“ wird zum Prüfstein der Pressefreiheit in der Bundesrepublik.
	1976	Der Schriftsteller und Liedermacher Wolf Biermann wird von der DDR-Regierung ausgebürgert.
Geschichts- und Nationalbewusstsein	1953	Nach dem gescheiterten Volksaufstand in der DDR erklärt der Bundestag den 17. Juni zum Tag der Deutschen Einheit.
	1971	Die SED lehnt auf ihrem Parteitag eine Wiedervereinigung ab.
	1983	Das Lutherjahr (500. Geburtstag des Reformators) wird in beiden Teilen Deutschlands gefeiert.
	1989	40-jähriges Jubiläum der Bundesrepublik. Erstmals finden auch in Westdeutschland große Feiern zur Staatsgründung statt.
	1990	Die DDR-Regierung bekennt sich zur „Verantwortung des gesamten deutschen Volkes für die Vergangenheit“.



# Von der friedlichen Revolution zur Wiedervereinigung

## ◀ Der neue Reichstag.

Foto von 2001.

Von seiner Fertigstellung 1894 bis 1933 diente der Bau als Parlamentsgebäude. Zerstört wurde er durch den Reichstagsbrand im Februar 1933, durch Kampfhandlungen am Ende des Zweiten Weltkriegs sowie durch die Sprengung der Kuppel 1954. Zwischenzeitlich wiederaufgebaut, beschloss der Ältestenrat des Deutschen Bundestages nach der Wiedervereinigung, dass der Reichstagsbau als Sitz des gesamtdeutschen Parlaments genutzt werden solle. Leitendes Prinzip bei der Umgestaltung des Gebäudes war u. a. Transparenz. So ermöglicht die neue gläserne Kuppel die Durchsicht auf den darunter liegenden Plenarsaal. Die Umbauarbeiten waren 1999 abgeschlossen.

■ Die Nutzung und Umgestaltung des Reichstagsgebäudes ist ein Beispiel für „Symbolpolitik“. Weisen Sie dies nach.

In der DDR entsteht eine Opposition	1985	Die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ (IFM) wird in der DDR gegründet.
	7.5.1989	Proteste gegen die Fälschung der Wahlergebnisse bei den Kommunalwahlen
	Aug.-Okt. 1989	Bürgerrechtler gründen in der DDR das Neue Forum, Demokratie Jetzt, den Demokratischen Aufbruch und die Sozialdemokratische Partei (SDP).
Massenproteste, Massenflucht	4.9.1989	Die erste „Montagsdemonstration“ findet in Leipzig statt.
	Sep. 1989	Die ungarische Regierung erlaubt DDR-Bürgern die Ausreise über ihre Grenzen. DDR-Bürger, die sich in die diplomatische Vertretung der Bundesrepublik in Prag geflüchtet haben, dürfen in den Westen ausreisen.
	9.10.1989	Etwa 70 000 Menschen demonstrieren in Leipzig für demokratische Reformen. Erstmals greifen die Sicherheitskräfte nicht ein.
	18.10.1989	Honecker wird vom Politbüro zum Rücktritt gezwungen.
Das SED-Regime zerfällt	4.11.1989	Über 500 000 Menschen fordern auf dem Berliner Alexanderplatz einen „eigenständigen Weg“ der DDR.
	7.11.1989	Die Regierung der DDR tritt zurück, am Tag darauf folgt der Rücktritt des Politbüros der SED.
	9.11.1989	Die Grenzübergänge nach West-Berlin und in die Bundesrepublik werden geöffnet.
Ende der DDR	Dez. 1989	Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit. Bürgerrechtler verhindern die Vernichtung der Stasi-Unterlagen.
	10.2.1990	Gorbatschow stimmt der Schaffung eines deutschen Gesamtstaates zu.
	18.3.1990	Erste freie Wahlen zur DDR-Volkshammer
	März 1990	Die Treuhandanstalt übernimmt ca. 8 000 Volkseigene Betriebe, um sie zu privatisieren oder stillzulegen.
Deutsche Einheit	1.7.1990	Der Erste Staatsvertrag zur deutschen Einheit tritt in Kraft: Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR.
	31.8.1990	Zweiter Staatsvertrag zur deutschen Einheit (Einigungsvertrag). Berlin wird Hauptstadt des künftigen geeinten Deutschland.
	12.9.1990	Durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag erhält Deutschland die volle staatliche Souveränität. Die Grenze zu Polen wird als endgültig anerkannt.
	3.10.1990	Mit dem Beitritt der fünf ostdeutschen Länder und Ost-Berlins zur Bundesrepublik ist die Wiedervereinigung Deutschlands vollzogen.
	2.12.1990	Erste gesamtdeutsche Bundestagswahlen

Um die Mitte der 80er-Jahre wandelten sich Friedens- und Umweltinitiativen in der DDR zu einer regimekritischen Bürgerrechtsbewegung. Vorbild waren die Oppositionsbewegungen „Solidarność“ in Polen und „Charta '77“ in der Tschechoslowakei. Die Reformpolitik Gorbatschows in der Sowjetunion ließ auf Veränderungen hoffen.

Im Frühjahr 1989 machten Bürgerrechtler Wahlfälschungen bei DDR-Kommunalwahlen öffentlich bekannt. Im September entstand eine neue Welle von Flüchtlingen aus der DDR, die über die ČSSR und Ungarn in die Bundesrepublik ausreisten. Zur selben Zeit begannen in Leipzig Montagsdemonstrationen. Die Protestbewegung fand immer stärkeren Zulauf. Am 7. Oktober demonstrierten Zehntausende friedlich in Leipzig, ebenso in Ost-Berlin. Die SED-Führung griff nicht ein. Angesichts der anhaltenden Proteste wurde Erich Honecker vom Politbüro entmachtet. Der völlig überraschende Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 und die Öffnung der Grenzen zur Bundesrepublik beschleunigten den Machtverfall des DDR-Regimes. Die Führungsspitze der SED trat geschlossen zurück. In Verhandlungen mit den Bürgerrechtlern wurden freie Wahlen für den März 1990 vereinbart. Die „Wende“ war gelungen.

Die „friedliche Revolution“ hat ihren Namen zurecht – denn der Sturz des SED-Regimes wurde ohne Gewalt erreicht. Friedlich waren auch die Ziele. Die mehrheitlich geforderte deutsche Einheit („Wir sind ein Volk!“) durfte nicht gegen den Willen der Nachbarn in Europa durchgesetzt werden. Zugleich drängte die Zeit: Die DDR-Wirtschaft befand sich im freien Fall und die Massenflucht ließ nicht nach. Nur eine rasche deutsche Einheit versprach eine Stabilisierung der Lage.

Die Bundesregierung in Bonn handelte schnell. Bundeskanzler Kohl erhielt von den vier Alliierten das Einverständnis zu einer Wiedervereinigung. Der „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ schrieb das Recht auf eine staatliche Einheit Deutschlands fest.

Bonn und Ost-Berlin verhandelten über den Zusammenschluss beider Staaten. Nach zwei Staatsverträgen folgte der Beitritt der fünf neu gebildeten ostdeutschen Länder zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990. Eine Volksabstimmung über eine neue gesamtdeutsche Verfassung gab es nicht, stattdessen galt das Grundgesetz für ganz Deutschland. Die vereinigte Bundesrepublik blieb Mitglied der Europäischen Gemeinschaft und der NATO.

Während die äußere Einheit in wenigen Monaten hergestellt wurde, dauert die innere Einheit viel länger und erfordert weit mehr Mittel als anfangs vermutet. Die Umstellung auf die Marktwirtschaft war für viele Ostdeutsche ein Schockerlebnis. Das Zusammenleben von West- und Ostdeutschen in einem Staat führte zu vielen Irritationen.

Trotz gewaltiger Transferleistungen gelang erst allmählich die Angleichung der Lebensverhältnisse. Die neue „Berliner Republik“ konnte die Stabilität der alten Bundesrepublik fortsetzen, auch wenn die Aufarbeitung der Teilung viele Mühen bereitete.